

Friedliche Revolution und deutsche Einheit

Am 7. Oktober 1989 wird in Ost-Berlin das 40-jährige Bestehen der DDR gefeiert. Auf den ersten Blick scheint alles wie immer bei derartigen Anlässen zu sein: Die FDJ veranstaltet einen Fackelzug, die Nationale Volksarmee demonstriert mit einer Parade militärische Stärke. Rund um den Alexanderplatz findet ein Volksfest statt. Die Führungsriege der SED begrüßt prominente Gäste aus dem In- und Ausland. Beim festlichen Empfang im Palast der Republik verkündet der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrats der DDR Erich Honecker: „Unsere Freunde in aller Welt seien versichert, dass der Sozialismus auf deutschem Boden ... auf unerschütterlichen Grundlagen steht.“ Während drinnen die Festreden gehalten werden, stehen draußen jedoch mehrere tausend Menschen, die lautstark nach Reformen verlangen und Parolen wie „Neues Forum“, „Gorbi“, „Pressefreiheit“ oder „Stasi raus“ rufen. Denn tatsächlich ist das Land von Krisen erschüttert.

Oppositionelle Gruppen haben in den vergangenen Monaten rasch an Zulauf gewonnen. Ihnen gelingt es, immer mehr Unterstützung für ihre Ziele zu mobilisieren. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 kontrollieren mutige Bürger in einigen Wahllokalen die Stimmenaushaltungen. Sie können belegen, dass die Ergebnisse gefälscht sind. Daraufhin werden Beschwerdebriefe und Eingaben geschrieben, es wird zu Protestveranstaltungen aufgerufen und der Kontakt zu Journalisten von Westmedien gesucht. Über ARD, ZDF und andere bundesdeutsche Sender erfahren viele Ostdeutsche von den Vorgängen. Manch einer hat zwar bereits bei früheren Wahlen Manipulationen vermutet, Beweise hat es bislang allerdings noch nicht gegeben. Die SED verliert erheblich an Legitimation. Selbst SED-Mitglieder sind empört über das Verhalten ihrer Führung.

Auch wirtschaftlich häufen sich die Probleme. Die DDR-Planwirtschaft steht am Rande des Zusammenbruchs. Die Bevölkerung kann nicht ausreichend mit Konsumgütern versorgt werden. Wer einen PKW kaufen möchte, muss bis zu 15 Jah-

re auf die Auslieferung warten. Zahlreiche Produkte, wie zum Beispiel Waschmaschinen, Nähmaschinen, Farbfernseher sind nur nach langem Schlangestehen oder durch gute Beziehungen zum Verkaufspersonal, hochwertige Kleidung und Lebensmittel lediglich in den Exquisit- und Delikat-Läden zu erhöhten Preisen zu bekommen. Viele Betriebe sind marode und arbeiten mit völlig veralteten Maschinen. Historische Innenstädte zerfallen. Die drohende Zahlungsunfähigkeit des hoch verschuldeten Landes kann nur noch durch bundesdeutsche Kredite verhindert werden.

Immer mehr Menschen sehen angesichts der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR keine Perspektive mehr und entscheiden sich, ihre Heimat zu verlassen. Zehntausende stellen einen Ausreiseantrag. Als die ungarische Regierung im Mai 1989 mit dem Abbau der Grenzanlagen zu Österreich beginnt, nutzen viele Ostdeutsche ihren Urlaub zur Flucht über die „grüne Grenze“ in den Westen. Andere suchen Asyl in den bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Prag und Budapest. Sie harren auf den Treppen und Fluren der Botschaftsgebäude, in Zelten oder unter freiem Himmel aus. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erreicht nach schwierigen Verhandlungen, dass sie in die Bundesrepublik ausreisen dürfen. Als er die Nachricht vom Balkon der Prager Botschaft verkündet, geht seine Ansprache im Jubel der Wartenden unter. Um den Anschein einer geregelten Ausreise zu erwecken, verlangt die Führung der SED, dass die Sonderzüge mit den Botschaftsflüchtlingen durch die DDR fahren. Bei ihrer Ankunft werden sie mit Jubel empfangen. Insgesamt kehren vom 1. Januar bis zum 9. November 1989 über 220.000 Ostdeutsche ihrer Heimat den Rücken. Ihren in der DDR zurückgebliebenen Freunden und Familienangehörigen muss es wie Hohn erscheinen, dass Erich Honecker über die Flüchtlinge urteilt, man solle ihnen „keine Träne nachweinen“.

Andere entscheiden sich bewusst gegen eine Flucht. Sie wollen den Staat verändern und stellen sich dem repressiven System entgegen. Im September 1989 skandieren Demonstranten selbstbewusst die Parole: „Wir bleiben hier“. Die Opposition findet neue Organisationsformen und löst sich zum Teil von den zwar schützenden, andererseits jedoch mäßigenden Kirchen. Neben kleinen basisdemokratischen Gruppen bilden sich größere Zusammenschlüsse, die zunehmend Wirksamkeit in der Öffentlichkeit entfalten. Sie streben nach Teilhabe am poli-

tischen Leben und fordern Demokratisierung, Pressefreiheit und freie Wahlen. Im September findet das Gründungstreffen des Neuen Forums statt. Bald schon stehen über tausend Unterschriften auf dem Aufruf für seine Zulassung. Es folgen die Gründungen von Demokratie jetzt, der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und des Demokratischen Aufbruchs.

Polizei und Staatssicherheit reagieren zunächst mit großer Härte auf die Proteste. Am 11. September 1989 wird nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche wahllos auf Teilnehmer eingepöbeln. 89 Personen werden verhaftet - „zugeführt“, wie es in der Sprache der DDR-Behörden heißt. Als bekannt wird, dass am 4. Oktober Sonderzüge mit den Prager Botschaftsflüchtlingen Dresden passieren werden, versammeln sich dort Tausende Schaulustige, aber auch Menschen, die auf die Züge aufspringen wollen. Die Polizei geht gewaltsam gegen sie vor. Es spielen sich straßenkampfartige Szenen ab. Auf Demonstrationen am 7. Oktober, dem Jahrestag der DDR-Gründung, antwortet die Staatsmacht mit dem Einsatz von Gummiknüppeln und Wasserwerfern sowie mit Festnahmen. Viele der Verhafteten werden gedemütigt und misshandelt.

In Leipzig beteiligen sich Montag für Montag immer mehr Menschen an den Friedensgebeten in der Nikolaikirche und den sich später daran anschließenden Demonstrationen. Am 2. Oktober sind es bereits 25.000 Personen. Erstmals ertönt der Ruf „Wir sind das Volk“. Mit großer Anspannung wird nun erwartet, was eine Woche später – am 9. Oktober – passieren wird. Viele befürchten eine gewaltsame Niederschlagung des Protestes: Ihnen stehen die Ereignisse in Berlin am 40. Jahrestag der Staatsgründung, aber auch das brutale Vorgehen des chinesischen Militärs gegen die Demokratiebewegung im Juni auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vor Augen. Die SED-Führung hat sich damals mit der chinesischen Regierung solidarisch erklärt. Genährt wird die Angst zudem durch das große Aufgebot von Sicherheitskräften, die in Leipzig zusammengezogen werden. Gerüchte über die Bereitstellung von Krankenhausbetten und Blutkonserven machen die Runde. Dennoch finden sich rund 70.000 Demonstranten ein und ziehen über den Leipziger Innenstadtring. Angesichts dieser Menschenmenge schreckt die Polizei vor einem Eingreifen zurück. Noch am gleichen Abend wird in den Westmedien über die Demonstration berichtet. Die Nachricht vom

friedlichen Verlauf wird überall in der DDR mit Erleichterung und Freude aufgenommen: Der 9. Oktober ist der Wendepunkt der Friedlichen Revolution. Nun gibt es kein Halten mehr. Immer mehr Menschen gehen in den nächsten Tagen und Wochen in zahlreichen Orten auf die Straße. Am 4. November wird in beinahe 50 Städten demonstriert. In Ost-Berlin versammeln sich an diesem Tag bei der größten Demonstration in der Geschichte der DDR mehrere hunderttausend Personen. Die Kundgebung ist angemeldet und genehmigt. Neben Oppositionellen und Künstlern sprechen auch führende Repräsentanten der Partei, die sich als Erneuerer präsentieren, von der Menge aber ausgepiffen werden.

Angesichts des Drucks der Straße und der Massenflucht hat die SED-Führung inzwischen Reformen angekündigt. Sie hofft, ihre Macht auf diese Weise erhalten zu können. Generalsekretär Erich Honecker muss am 18. Oktober von seinem Posten zurücktreten. Sein Nachfolger wird ausgerechnet Egon Krenz, der als Wahlleiter für den Wahlbetrug im Mai verantwortlich war und das Massaker in Peking öffentlich gelobt hat. Krenz verspricht eine „Wende“, stößt jedoch auf Skepsis und Ablehnung. Der als Befreiungsschlag gedachte Wechsel an der Führungsspitze beruhigt die aufgebrachte Öffentlichkeit nicht, die Demonstrationen gehen weiter.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 überschlagen sich die Ereignisse. SED-Politbüromitglied Günter Schabowski gibt am Abend auf einer Pressekonferenz neue Ausreisebestimmungen bekannt: Privatreisen in die Bundesrepublik seien ohne besondere Voraussetzungen möglich. Auf die Frage eines Journalisten, wann diese Regelung in Kraft trete, zeigt sich Schabowski irritiert. Er antwortet: „Sofort, unverzüglich“. Über die Medien verbreitet sich diese Nachricht in Windeseile. Tausende kommen in Berlin zu den Grenzübergängen, um die angekündigte Reisefreiheit einzufordern. Schließlich geben die Grenzwächter dem Ansturm nach und öffnen zunächst an der Bornholmer Brücke die Schlagbäume. Weitere Übergangsstellen nach Westberlin und an der innerdeutschen Grenze folgen. Bürger aus der DDR werden in dieser Nacht im Westen freudig begrüßt. Einander unbekannte Menschen fallen sich in die Arme. Viele reisen zum ersten Mal in die Bundesrepublik und lernen den Teil Deutschlands kennen, der ihnen bislang nur aus dem Westfernsehen bekannt war.

Die Vertreter der Oppositionsgruppen ringen mit der noch regierenden SED um Mitbestimmungsrechte. Sie setzen die Bildung Runder Tische durch, um über die notwendigen Reformen mit zu entscheiden. Am 7. Dezember 1989 tagt erstmals der aus Vertretern der Opposition, der SED-PDS, der Massenorganisationen und der Blockparteien zusammengesetzte Zentrale Runde Tisch. Dieses Gremium kontrolliert die neue DDR-Regierung unter dem früheren SED-Bezirkssekretär Hans Modrow. Die Beteiligten verständigen sich schließlich auf die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und ebnen den Weg zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990. Aus diesen Volkskammerwahlen geht das konservative Bündnis Allianz für Deutschland, dem die CDU, der Demokratische Aufbruch und die Deutsche Soziale Union angehören, mit 48 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Das Abstimmungsergebnis ist ein klares Votum der Wähler für eine rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Trotzdem setzt sich der Exodus von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik auch im Jahr 1990 fort. Sie hoffen dort auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Demonstranten tragen nun Transparente mit Losungen wie „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“. Die politisch Verantwortlichen müssen handeln. Unter großem Zeitdruck wird der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beraten, der am 1. Juli in Kraft tritt. Die DDR übernimmt damit Grundprinzipien der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik, die D-Mark wird Zahlungsmittel. Die internationalen Aspekte der Vereinigung der beiden deutschen Staaten werden in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen zwischen den Außenministern der Siegermächte, der DDR und der Bundesrepublik geregelt. Insbesondere in Großbritannien und Frankreich sind die Vorbehalte und Ängste gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland zunächst groß. Ein wesentliches Problem ist zudem die Bündniszugehörigkeit. Mit der Zustimmung von Michail Gorbatschow zur Souveränität Deutschlands und zu seiner Mitgliedschaft in der NATO sowie zum Abzug der sowjetischen Truppen ist die größte Hürde auf dem Weg zur Einheit genommen.

Das Grundgesetz eröffnet zwei Wege zur Wiedervereinigung: die Erarbeitung einer neuen gemeinsamen Verfassung (Art. 146) oder den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (Art. 23). Obwohl der Zentrale Runde Tisch einen Verfassungsentwurf vorlegt, entscheidet sich die Volkskammer für die

zweite Möglichkeit: Am 23. August 1990 beschließen die Abgeordneten den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Die Rechtsgrundlagen dafür schafft der Einigungsvertrag, welchen die Mitglieder der Volkskammer und des Deutschen Bundestags mehrheitlich, der Bundesrat einstimmig verabschieden. In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 – dem Tag, an dem der Vertrag in Kraft tritt - feiern Menschen in Berlin und anderswo die Vereinigung ihres Landes. Es ist kaum ein Jahr vergangen, seit viele mutige Ostdeutsche in der Friedlichen Revolution die Diktatur der SED zu Fall gebracht haben.

Das Ministerium für Staatssicherheit

Die DDR ist ein repressiver Überwachungsstaat. Bereits 1950 wird das Ministerium für Staatssicherheit errichtet, abgekürzt MfS oder Stasi, das „Schild und Schwert“ der SED. Dessen Leiter ist von 1957 bis zum Ende der DDR Erich Mielke. Die Zahl der Mitarbeiter des MfS nimmt stetig zu. 1989 arbeiten etwa 90.000 Menschen hauptamtlich für die Staatssicherheit und ca. 189.000 als Inoffizielle Mitarbeiter (IM).

Neben geheimdienstlichen Aufgaben ist die Staatssicherheit dafür zuständig, alle Gesellschaftsbereiche in der DDR zu überwachen. Sie versucht mit rüden Methoden, oppositionelle Regungen schon im Keim zu ersticken und ist zu diesem Zweck mit einer großen Machtfülle ausgestattet. Die Stasi kann Ermittlungen durchführen und verfügt über eigene Gefängnisse, sie kontrolliert die Post und hört Telefongespräche mit. Wohnungen von Oppositionellen werden heimlich durchsucht und mit Wanzen abgehört. Offene Drohungen und Schikanen, aber auch „lautlose“ Repressionen sollen diejenigen einschüchtern und zermürben, die staatliche Entscheidungen oder Vorgaben in Frage stellen und sich eine eigene Meinung erlauben. Die gezielte Streuung von Gerüchten soll die Betroffenen in ein negatives Licht rücken und bei Freunden sowie Arbeitskollegen in Misskredit bringen. Persönliche Beziehungen werden manipuliert, berufliche Lebenswege zerstört. So wird Misstrauen geschürt, Unsicherheit geweckt, so werden unangepasste Personen sozial isoliert. Im Stasi-Jargon heißt das „Zersetzung“.

Zum Spitzelsystem der Staatssicherheit gehören die Inoffiziellen Mitarbeiter. Sie verfassen Berichte für das MfS und spionieren Menschen in ihrem Umfeld aus. Kollegen, Nachbarn, Familienangehörige, ja selbst Ehepartner werden denunziert. Die IM handeln aus unterschiedlichen Motiven, einige aus innerer Überzeugung, andere werden zur Mitarbeit gezwungen oder mit materiellen Vorteilen geködert. Auch in den Oppositionsgruppen sind IM tätig und spielen dort eine sehr widersprüchliche Rolle. Auf der einen Seite schaden sie ihren Opfern massiv, indem sie zum Beispiel ein Klima des Misstrauens schaffen und geplante Aktionen verraten. Auf der anderen Seite arbeiten sie aktiv in der Bürgerbewegung mit,

verfassen Artikel für oppositionelle Zeitschriften oder beteiligen sich an der Bildung von Gruppen und Parteien. Besonders perfide sind Versuche der Staatssicherheit, innerhalb oppositioneller Bewegungen den Eindruck zu erwecken, bestimmte Mitglieder würden als IM mit der Stasi zusammenarbeiten, um auf diese Weise die Vertrauensbasis innerhalb der Gruppe zu zerstören.

Als 1989 die Proteste gegen das SED-Regime immer lauter werden, sind die Mitarbeiter der Staatssicherheit im Dauereinsatz. Sie gehen gegen Demonstranten vor, beschatten Oppositionelle und bespitzeln die Friedensgebete. Doch all dies nützt nichts, denn immer mehr Menschen gehen auf die Straße. Die Demonstranten fordern lautstark das Ende von Überwachung und Repressionen und rufen: „Stasi raus“, „Stasi in die Volkswirtschaft!“, „Stasi in den eignen Knast!“ oder – vor dem Stasigebäude in Leipzig – „Schämt Euch was!“. Der 81-jährige Minister für Staatssicherheit Erich Mielke macht sich vollends lächerlich, als er am 13. November 1989 in einer vom Fernsehen übertragenen Rede vor der Volkskammer die Maßnahmen seines Ministeriums rechtfertigt und schließlich stammelt: „Ich liebe – ich liebe doch alle – alle Menschen – na ich liebe doch – ich setze mich doch dafür ein.“

Das Ministerium für Staatssicherheit arbeitet zwar weiter, hat aber zunehmend Angst, dass Demonstranten in seine Dienststellen eindringen könnten. Mitarbeiter der Staatssicherheit beginnen nun, in großem Umfang Akten zu vernichten, um die Spuren ihres menschenverachtenden Handelns zu beseitigen. Die Regierung Modrow schreitet dagegen nicht ein, im Gegenteil: Sie versucht, durch die Umbenennung des MfS in „Amt für Nationale Sicherheit“ die alten Strukturen zu erhalten. Viele in der Bevölkerung sind empört. Spontan formieren sich Bürgerkomitees, welche die Bezirksverwaltungen des MfS besetzen und die Aktenvernichtung stoppen. Am 15. Januar 1990 wird die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße gestürmt. Vertreter der Bürgerbewegung können schließlich durchsetzen, dass das „Amt für Nationale Sicherheit“ im Februar aufgelöst wird.